

also 164

Juni 2022
GEW Wuppertal

Extraseiten
GEW Solingen
GEW Mettmann

Impressum:

also 164
Juni 2022

GEW
Stadtverband
Wuppertal

Paradestr. 21
42107 Wuppertal

Tel. 0202 - 440261
Fax 0202 - 455050

wuppertal@gew-nrw.de
www.gew-wuppertal.de

Bürozeiten:
Mo-Do 12 -17 Uhr

Redaktion und
Layout:

Helga Krüger
(verantwortlich)
Susanne Adlung
Kerstin Beulke
Ulla Weinert

Druck:
Druckerei Schöpp

Der Bezugspreis
ist im
Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Extraseiten von
GEW Solingen
GEW Mettmann

Fotos: Pixabay, GEW

Inhalt:

Versprochen ist versprochen?	3
Baustelle Bildung	4
Interview: Ungleichbehandlung	6
Woanders ist man weiter: Qualifizierung beim Seiteneinstieg	8
Förderschulen am Limit	10
Inklusives Lernen vor dem Kollaps	12
FDP diffamiert Gesamtschulen	15
Es ist Krieg in Europa	17
Stimmungsbild Gewerkschaftstag in Wuppertal	18
Heißer Maitag an der Wupper	20
Alle für eine Welt für alle	21
Geburtstage GEW Wuppertal	22
LBV und Falschberechnungen	24
Die ETZ und die Schulferien	25
Ferientipps anderer Art	26
Beihilfe und Belastungsgrenze	27
Der Sturz von der Bierbank	29
Einsatz an zwei Schulen und Fahrtkosten	30
GEW Solingen	
Wohin steuert die Bildungspolitik?	52
Eine Schule für alle Geschlechter	34
Geburtstage GEW Solingen	36
Nachruf	38
Fundstücke aus dem Internet	40
Kontakte GEW Solingen	41
GEW Kreis Mettmann	
Gewerkschaftstag der GEW	41
Leitlinien Gemeinsames Lernen	44
Förderschulen brauchen bessere Bedingungen	46
Kontakte GEW Mettmann	47
Geburtstage GEW Mettmann	48
GEW Wuppertal: Personalrät*innen	50
GEW Wuppertal: Vorstand	51

**Das GEW-Büro sucht eine Reinigungskraft.
Wer kann einen Kontakt vermitteln?**

Versprochen ist versprochen. Oder?

// Die Regierungsbildung ist bei Redaktionsschluss noch nicht in trockenen Tüchern. Aber in einer Frage sind sich offensichtlich alle einig: Lehrkräfte verdienen die gleiche Eingangsbesoldung nach A13z/EG13. Wir sind gespannt, wie denn die Umsetzung nun erfolgen wird. Oder wie war das noch mal mit den Wahlversprechungen? //

CDU: Wahlprogramm 2022

Wir werden die Angleichung der Lehramtsausbildung für den Bereich Primarstufe und Sekundarstufe I an die Ausbildung für Sekundarstufe II (also zehensemestriges Studium plus 18 Monate Vorbereitungsdienst) besoldungsrechtlich umsetzen. Wir werden Bestandslehrerinnen und -lehrern einen Aufstieg in die Besoldungsgruppe A13 ermöglichen.

FDP: Wahlprogramm 2022

Unser Ziel ist dabei, dass allein aus der Unterschiedlichkeit der Lehramtsausbildung keine unterschiedliche Vergütung und Besoldung resultiert. Die Lehrämter sind gleichwertig und erfordern daher auch eine einheitliche Einstiegsbesoldung. Bei einer Neuordnung der Lehrkräftebezahlung müssen jenseits der Einstiegsbesoldung auch Beförderungsmöglichkeiten und eine faire Lösung für die Bestandslehrkräfte in den Blick genommen werden.

Die Grünen: Wahlprogramm 2022

Lehrkräfte müssen den gleichen Lohn beim Eingangsgehalt verdienen.

SPD: Wahlprogramm 2022

Die gleiche Besoldung für alle Lehrämter (A13 als Eingangsbesoldung) – nicht nur für die neu ausgebildeten Lehrer*innen – ist unser Ziel

Feste Stelle gesucht!
Schulsozialarbeiterin, 5 Jahre befristet
an der gleichen Schule!



Die GEW Wuppertal erklärte den Landtagskandidat*innen am 6.5.2022 wie gute Bildung aussehen muss...

Schlusslicht NRW
Letzter Platz in Deutschland:
Lehrkräfte pro Schüler*in

Unsere Kinder werden
ganze Schultage im
Vertretungsunterricht verwahrt.
Da vergeht die Lust auf
Lernen!





SOZIALPÄDAGOGINNEN
fördern Kinder
OHNE

- Sprache
- Räume
- Personal
- gerechten Lohn

WIR FORDERN

- ein DuZ-Konzept
na dem 4 Schuljahr
- eigene Förderräume
- mehr Personal
- gleiche Bezahlung



Hoffentlich haben
sie gut zugehört ...

Die Wartelisten für die Förder-
Schulen mit dem Förderschwerpunkt
Lernen sind lang. Der Bedarf
ist da. Wie wird darauf reagiert?
=> Die Förderschulen werden
geschissen und in Zukunft weiter
verkleinert. Wo sollen die Kinder
befördert werden da???



In der OGS gibt es immer
noch nicht gute sozialpädagogische
Anlage
d.h. dass oft qualitative sozialpädagogische
Kriterien in Auswahl- und
Ankettenerhebungen wichtig
Das muß geändert werden !!

Interview: Ungleichbehandlung Hohe Hürden für Lehrkräfte aus dem Ausland

// Es sind keine Einzelfälle, die wir in unserem Interview vorstellen. Es gibt tausende von Lehrkräften, die um die Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse kämpfen müssen. Sie scheitern an bürokratischen Hürden und an einer unflexiblen Auslegung der „Vorschriften“ und werden in der Regel schlechter bezahlt. //

also: Giorgios, du bist seit 2013 an Grundschulen als Lehrer tätig, seit 2015 in Wuppertal. Du hast eine feste Stelle als Seiteneinsteiger und an der Pädagogischen Einführung teilgenommen. Was hast du eigentlich für eine Ausbildung?

Giorgios: Da habe ich einiges zu bieten. Nach acht Semestern an der Sporthochschule in Athen mit dem Abschluss eines Diplomsporthelehrers habe ich noch weitere acht Semester an der Musikhochschule in Arta studiert und bin damit Lehrer für die Klassen 1-10 auch noch im Fach Musik.

also: Habe ich das richtig verstanden, du hast ein griechisches Lehramt für die Fächer Sport und Musik für die Klassen 1-10 und wirst in NRW als Seiteneinsteiger behandelt?

Giorgios: Leider ja, das ist ja die unglaubliche Ungerechtigkeit. Das ist eigentlich für mich unerträglich. Und es macht sich natürlich beim Verdienst gravierend bemerkbar, 400€ im Monat weniger ist nicht wenig, und ich mache natürlich die gleiche Arbeit wie alle Kolleg*innen an meiner Schule, die besser bezahlt werden und die zudem auch Beförderungsmöglichkeiten haben. Ich bin sogar in der sonderpädagogischen Förderung tätig und werde in unterschiedlichsten Fächern eingesetzt .

Taner: Mir geht es ganz ähnlich und ich bin echt frustriert. Genau 20 Jahre bin ich jetzt an der Hauptschule Barmen-Südwest, seit 2004 Klassenlehrer, Lehrerrat, Vertrauenslehrer, Mitglied der Schulkonferenz, administrierte die Computer und die Lernplattform IServ, erledige Aufgaben in der Schulverwaltung (SCHild-NRW, Datenpflege, Zeugnisdruck,), betreue die Schulhomepage, bin in der schulischen Einstellungskommission. Ich habe mich umfangreich fortgebildet, u.a. auch mit Zertifikatskursen in Englisch und Mathematik. Doch mein türkisches Lehramt für das Fach Deutsch interessiert niemanden, obwohl auch ich vier Jahre studiert und einen Abschluss als Lehrer für die SEK I in der Türkei erworben habe.

also: Habt ihr versucht, die Anerkennung der Lehrämter zu erreichen?

Giorgios: Aber klar! Meine ersten Versuche waren, mich mit Hilfe von Zertifikatskursen weiter zu qualifizieren. Fünfmal habe ich mich beworben, ich wurde einfach abgelehnt mit der Begründung, dass ich kein NRW-Lehramt besitzen würde. Da hatte Taner offensichtlich richtig Glück, dass man ihn überhaupt zugelassen hat. Schon wieder eine Ungleichbehandlung, wie ich jetzt hier zufällig erfahre.

also: Das ist ja unglaublich, das halte ich für Diskriminierung, dass man jemanden nicht zulässt zu diesen Fortbildungen.

Giorgios: Das ist nicht die einzige Diskriminierung. Ich habe auch die Anerkennung meines Lehramtes beantragt, auch das wurde abgelehnt. Die mittlerweile 9 Jahre (!) erfolgreiche Berufserfahrung an den Grundschulen zählt Null. Das kann ich einfach nicht begreifen! Aber ich lasse nicht locker. Mit Hilfe des GEW-Rechtsschutzes klage ich jetzt gegen die Ablehnung.

Taner: Ich habe einen Antrag auf Anerkennung meines türkischen Lehramtes und meiner deutschen Berufserfahrung gestellt und bin ja sehr gespannt was daraus wird. Nach der Erfahrung von Giorgos bin ich allerdings nicht sehr optimistisch.

also: Was müsste eurer Meinung nach geändert werden?

Taner: Ich fordere seit Jahren mehr berufliche Anerkennung und gerechte Bezahlung für Lehrer*innen mit ausländischen Qualifikationen. Niemand kann behaupten, dass diese akademischen Abschlüsse „minderwertig“ sind!

Giorgios: Die Behörden sollten uns ein wenig mehr Vertrauen schenken, gerade jetzt wo der Lehrermangel ein echtes Problem ist. Gleichwertigkeit bedeutet nicht Gleichheit. Doch in der Praxis werden immer die gerade gültigen Standards der aktuellen Lehrerausbildung in NRW angelegt. Bei Lehrkräften, die ein älteres Lehramt in NRW erworben haben, macht man das übrigens nicht. Die können sich nach wie vor bewerben und werden gleich behandelt, auch wenn sie nur vier Jahre studiert haben und nicht fünf, wie jetzt notwendig. Warum gilt dieser Maßstab nicht für uns? Besonders belastend finde ich die Nichtwürdigung und Wertschätzung unserer Berufserfahrung. Sie wird zum größten Teil ignoriert. Zudem sollten uns Möglichkeiten geboten werden, uns weiterzubilden, anstatt zu verlangen, dass wir erneut Studienleistungen erbringen und quasi ein Referendariat machen, obwohl wir eine vollständige Lehrerausbildung und viele Jahre Berufspraxis haben. Ein Skandal ist auch, dass wir zum Teil von Fortbildungen und Zusatzqualifikationen ausgeschlossen werden.

Das Interview führte Helga Krüger.

Woanders ist man weiter

Qualifizierung beim Seiteneinstieg und A13/EG13 für alle

// Ohne Seiteneinsteiger*innen in den Schulen wird es nicht mehr funktionieren. NRW bietet beim Seiteneinstieg nur einer kleinen Gruppe von Hochschulabsolvent*innen eine Qualifizierung, die zum Lehramt führt (OBAS). Alle anderen haben nicht die Chance eine Gleichstellung zu erreichen, machen in den Schulen die gleiche Arbeit, allerdings bei wesentlich schlechterer Bezahlung und ohne Qualifizierungsmöglichkeit. Brandenburg geht jetzt neue Wege. //

Wegen des wachsenden Bedarfs an Lehrkräften stellt das Brandenburger Bildungsministerium Seiteneinsteigenden mit Bachelor-Abschluss die Möglichkeit für eine Beamtenlaufbahn in Aussicht. Darauf haben sich die zuständigen Ministerien mit dem Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) geeinigt.

Zu Beginn des Schuljahres 2023/24 sollen die besoldungs-, haushalts- und lehrerbildungsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Die Seiteneinsteigenden sollen durch ein Mentoring-Programm in den Schulen unterstützt werden. Außerdem sollen alle Lehrkräfte dem höheren Dienst zugeordnet werden. Der Landtag muss den Plänen noch zustimmen.

Die Gewerkschaft zeigte sich mit den geplanten Schritten zufrieden. „Mit der neuen Vereinbarung werden erneut arbeits- und beamtenrechtliche Möglichkeiten zur Erhöhung der Attraktivität und Wertschätzung der Tätigkeit aller Lehrkräfte eröffnet. Die Zuordnung aller Lehrkräfte mit einer vollständigen Ausbildung zu den Laufbahnen des höheren Dienstes (A13/EG13) ist ein weiterer Meilenstein zur Gleichstellung. Zugleich werden den Lehrkräften mit Seiteneinstieg nach einer zusätzlichen Qualifizierung attraktivere Aufstiege eröffnet. Mit der neuen Vereinbarung werden die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für die nächsten Jahre abgesichert und die Rechtssicherheit für die betroffenen Lehrkräfte deutlich erhöht. Ein wesentlicher Bestandteil der Vereinbarung ist auch, dass es weitere Verhandlungen insbesondere zur Qualifizierung der Lehrkräfte ohne Hochschulabschluss geben wird. Den Lehrkräften mit Seiteneinstieg würden damit nach einer zusätzlichen Qualifizierung attraktivere Aufstiege eröffnet.“ So der Vorsitzende des GEW-Landesverbandes, Günther Fuchs.



Dramatische Situation I

Förderschulen am Limit

// Schon seit geraumer Zeit machen die Förderschulen auf ihre zugespitzte Situation aufmerksam. Der gravierende Personalmangel ist dabei nur ein Problem. In Wuppertal kommt vor allem die Raumknappheit und schlechte Ausstattung bei enorm steigenden Schülerzahlen hinzu. Obwohl die Stadt als Schulträger davon weiß und verantwortlich ist, warten die Schulen schon viel zu lange auf Maßnahmen. //

Ein Brandbrief des Lehrerkollegiums der „Schule am Nordpark“ an Schulträger und Schulaufsicht fasste die Situation dieser Schule noch einmal eindrücklich zusammen und gipfelte in der Forderung, eine weitere Schule mit dem Schwerpunkt „Geistige Entwicklung“ zu gründen.

Die GEW Wuppertal unterstützte diese Alarmbotschaft in ihrem Offenen Brief an alle Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und Bezirksregierung. Darin heißt es u.a.: „Die räumliche Notsituation und die völlige personelle Unterversorgung führen Am Nordpark dazu, dass das Schulpersonal am Rande seiner Kräfte angelangt ist. Der Bildungsauftrag gegenüber den Kindern und Jugendlichen kann schon längst nicht mehr erfüllt werden.

Ganze Klassen müssen zurzeit tageweise wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten zu Hause bleiben. Übervolle Klassen deutlich über den offiziellen Klassenfrequenzwerten und das in z.T. zu kleinen oder von ihrer Ausstattung her ungeeigneten Klassenräumen sind an der Tagesordnung. Es ist ein Armutszeugnis, dass gerade der schwächste Teil unserer Gesellschaft so vernachlässigt wird. Offensichtlich haben Kinder mit Behinderung eine viel zu kleine Lobby für ihre Interessen. Das darf nicht länger so hingenommen werden und erfordert ein sofortiges Krisenmanagement aller Beteiligten, um aktuell Hilfestellung und mittel- und langfristige Lösungen zuverlässig zu organisieren. Ein Runder Tisch aller Verantwortlichen muss nach Meinung der GEW unverzüglich auf den Weg gebracht werden.“

Verantwortliche kamen an einem Tisch zusammen

Immerhin, der Brandbrief des Kollegiums und die Unterstützung der Gewerkschaft hat die Verantwortlichen an einen Tisch geholt und sogar dazu geführt, dass ein Treffen aller Wuppertaler Förderschulen

mit dem Schulträger, der örtlichen Schulaufsicht und der Bezirksregierung zustande kam. Ein bitter notwendiger Schritt, längst überfällig. Die Bezirksregierung bemüht sich nun, vor allem die personelle Situation zu entschärfen.

Doch für die massiven Raumprobleme sind kurzfristige Lösungen nicht in Sicht, hier rächt sich das Versäumnis des Schulträgers, der hinter der Entwicklung immer hinterherhinkt. Schüler*innen und Schulpersonal müssen es leider ausbaden. Bereits zu Beginn des Jahres hatten die Förderschulen im Schulausschuss auf die Raumnot und Ausstattungsprobleme hingewiesen, eine Reaktion blieb aus.

Steigende Schülerzahlen seit 2015

Eine Ursache sind die seit 2015 immer weiter steigenden Schülerzahlen an fast allen Förderschulen, aktuell werden die Förderschulen nahezu mit AO-SF überschwemmt. Der Zugang von Schüler*innen aus dem Gemeinsamen Lernen steigt konstant. Hier rächt sich auch die schlechte personelle und räumliche Ausstattung der Wuppertaler Regelschulen, die schon zu einer Problemanzeige der Grundschulen geführt hat. (siehe S. 12)

Schlechte Raumsituation und Ausstattung verschärft Probleme

Der Raummangel, den die Förderschulen seit Jahren mit sich rumschleppen, lässt die Klassenfrequenzen steigen und verschlechtert die Arbeitsbedingungen der Sonderpädagog*innen dramatisch. Wen wundert es, dass sich ausgebildete Sonderpädagog*innen für Stellen in anderen Städten entscheiden?

Der Schulträger muss dringend in der aktuellen Notsituation weiter gemeinsam mit den Förderschulen die Analyse der steigenden Schülerzahlen vorantreiben und mit ihnen zusammen Handlungsschritte planen.

Eines ist schon jetzt klar: Ohne Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Förderschulen und im Gemeinsamen Lernen wird Wuppertal wenig neue Sonderpädagog*innen überzeugen können, in dieser Stadt zu arbeiten.

Helga Krüger

Dramatische Situation II

Inklusives Lernen vor dem Kollaps

// Mit einer dramatischen Problemanzeige haben sich Wuppertaler Grundschulleitungen an die Schulaufsicht gewendet, weil die Situation des inklusiven Lernens sofortiges Handeln erfordert. //

„Laut Erlass des Schulministeriums ist innerhalb des inklusiven Lernens das Gemeinsame Lernen der Regelfall. Die Wirklichkeit zeigt aber, dass unter den derzeitigen Bedingungen das Modell des Gemeinsamen Lernens, das uns allen am Herzen liegt, - zumindest in Wuppertal - kollabieren wird“, so lautet es in dem Brief.

Strukturelle Probleme in Wuppertal

So werde der allgemeine Mangel an Sonderpädagog*innen in Wuppertal noch verschärft, weil hier die strukturellen Probleme noch größer sind als anderswo, so dass Wuppertal für ausgebildete Sonderpädagog*innen unattraktiv ist. Der Schulträger schreibt für Schulen des Gemeinsamen Lernens dieselbe Klassenfrequenz vor wie bei Schulen ohne Gemeinsames Lernen. Die Kinder, die ein drittes Jahr in der Schuleingangsphase verbleiben, werden statistisch nicht mit berechnet, was die Klassenfrequenz noch weiter ansteigen lässt.

Kinder ohne Deutschkenntnisse werden ins 1. Schuljahr aufgenommen, Seiteneinsteigergruppen nicht eingerichtet. Die sprachliche Förderung muss innerhalb des Unterrichts der ersten Klassen geleistet werden. Die in Wuppertal fehlenden Kita-Plätze machen sich hinsichtlich des Sozialverhaltens und der Sprachkenntnisse zusätzlich negativ bemerkbar.

Die wenigen Sonderpädagog*innen, die da sind, müssen trotzdem alle anfallenden Arbeiten stemmen. So müssen sie zum Beispiel viel mehr Gutachten schreiben als in anderen Städten, wesentlich mehr Kinder betreuen, das Gemeinsame Lernen an einer Schule alleine aufbauen und in der Regel an zwei Standorten arbeiten. Das alles macht das Arbeiten in Wuppertal unattraktiv. Hier müsse sofort angesetzt werden, um Änderungen zu erreichen.

Räumliche Probleme

An den meisten Schulen gibt es keine passende räumliche Ausstattung für die Bedürfnisse einer Schule des Gemeinsamen Lernens. Es fehlen Differenzierungsräume, Wickelgelegenheiten, etc. die an den meisten Förderschulen Standard sind.



Die Klassenräume sind für die großen Klassenfrequenzen in Kombination mit Kindern, die einen Unterstützungsbedarf haben, viel zu klein. Bei Neuplanungen von Schulen müssen die dringenden Bedürfnisse mehr beachtet und bei Sanierungen Gemeinsames Lernen und der Offene Ganzttag mitgedacht werden.

Es kann nicht nur „Leuchtturmprojekte“ geben, bei denen einzelne Schulen perfekt ausgestattet sind, während andere mit großer Raumnot zu kämpfen haben. Alle Schulen müssen räumlich gut ausgestattet werden. Strukturschwache Städte wie Wuppertal müssen vom Land oder Bund unterstützt werden, um die räumlichen Voraussetzungen an ihren Schulen zu verbessern.

Qualifizierte Inklusionshelfer*innen sollten an allen Schulen des Gemeinsamen Lernens selbstverständlich im Unterricht und bei Bedarf auch im Offenen Ganzttag vorhanden sein. Inzwischen können in Wuppertal selbst genehmigte I-Helfer-Stunden nicht mehr besetzt werden. An Grundschulen sind die Sekretariate nur tageweise besetzt, die Sekretariatsarbeiten müssen häufig von der Schulleitung übernommen werden.

Personelle Probleme

Dramatisch ist die Situation bei der Stellenbesetzung. Es gibt mehrere Schulen des Gemeinsamen Lernens, die über Jahre nicht über eigene Sonderpädagog*innen verfügen oder nur durch Abordnungen mit geringer Stundenzahl, die den ausgewiesenen Bedarf in keiner Weise decken, personell besetzt sind. Durch den Mangel an Sonderpädagog*innen müssen Grundschullehrer*innen die Förderung von Schüler*innen mit einem anerkannten Förderbedarf übernehmen. Besondere Förderung benötigen aber auch Schüler*innen, die auf Grund sprachlicher Defizite oder geringer familiärer Förderung Förderbedarf haben, hochbegabte und emotional auffällige Schüler*innen. Diese Aufgabenvielfalt bei großen Klassen mit mehr als 28 Kindern durchzuführen, übersteigt die Möglichkeiten der Kolleg*innen.

„Wir sind davon überzeugt, dass das Modell des Gemeinsamen Lernens für die Entwicklung und Förderung vieler Kinder mit einem besonderen Förderbedarf hilfreich und zielführend ist. Dieses Modell ist inzwischen aber soweit ausgehöhlt, dass es den Bedarfen der Kinder nicht mehr gerecht wird und die Arbeitsbelastung die Möglichkeiten der Grundschullehrer*innen und Sonderpädagog*innen übersteigt. Grundschullehrer*innen sind derzeit damit beschäftigt, das fehlende Grundschulpersonal auszugleichen und können nicht zusätzlich die fehlenden Sonderpädagog*innenstunden auffangen. Sonderpädagog*innen können nicht die Arbeit für die fehlenden Lehrkräfte erledigen,“ heißt es abschließend in dem Brief.

FDP diffamiert Gesamtschulen

FDP im neoliberalen Schulkampf 2.0

// Einer Meldung des WDR vom 02.04.2022 war zu entnehmen, dass der FDP-Landesvorsitzende Joachim Stamp gegen ein „leistungsloses Lernen in einer Einheitsschule“ polemisierte.//

„Das ist ein Frontalangriff gegen die Leistungen der Sekundar- und Gesamtschulen in NRW, ihrer Lehrer*innen wie ihrer Schüler*innen!“ empört sich Rainer Dahlhaus, Mitglied der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG NRW). Er sieht Stamps Attacke als eine Wiederbelebung des Schulkriegs an, den die FDP über Jahre gegen integrierte Schulen geführt hat. Stamp ignoriert, obwohl er es besser wissen müsste, dass die Abschlüsse, die die Schüler*innen an den integrierten Schulen erwerben, sich bis hin zum Abitur nur in Nuancen von den Abschlüssen insbesondere der Gymnasien unterscheiden – und das, obwohl die Abiturient*innen der Gesamtschulen, wie eine Studie aus 2021 nachweist, zu über 70% Ende der Klasse 4 keine Gymnasialempfehlungen erhalten hatten. Und er ignoriert, dass die integrierten Schulen sich in weit überwiegendem Maße um die Integration von zugewanderten Schüler*innen und um die schulische Inklusion kümmern und dabei hervorragende Leistungen erbringen (während sich auch Dank der Politik der FDP die Gymnasien bei der Beschulung von zieldifferent zu beschulenden Schüler*innen mit Förderbedarf einen schlanken Fuß machen durften). Die Liste der Leistungen der integrierten Schulen, die Stamp in absichtsvoll herabsetzender Weise als „Einheitsschulen“ diffamiert, ließe sich fortsetzen, es darf aber nach seinen Ausführungen davon ausgegangen werden, dass Stamp an Fakten nicht interessiert ist.

Claus Baermann, Schulleiter der Gesamtschule Wuppertal-Langerfeld, ergänzt: „Die Schulgemeinden der integrierten Schulsysteme werden diese Diffamierungskampagne der FDP wahrnehmen. Diese Schulen, die in NRW seit über 40 Jahren eine erfolgreiche, fachlich qualifizierte, individuelle Bildungsarbeit leisten, die Schüler*innen außerhalb der Schulformempfehlungen für das dreigliedrige System ab der 5. Klasse bestmöglich fördern und die besondere soziale Aufgaben mit Inklusion und Integration engagiert bewältigen, dürfen nicht in dieser Form wahlkampfaktisch und polemisch diffamiert werden.“

Nach der Landtagswahl können wir feststellen, dass diese Diffamierungen der FDP nicht viel genutzt haben, denn die Wähler*innen haben sie nicht mehr in den Landtag gewählt. Das völlige Versagen ihrer Schulministerin hat sicherlich auch nicht unwesentlich dazu beigetragen.



Es ist Krieg in Europa

Frieden schaffen!

// Donnerstag, 24. Februar frühmorgens, fällt die russische Armee auf Befehl ihres Präsidenten Wladimir Putin in die Ukraine ein. Was viele befürchtet hatten und genauso viele nicht für möglich gehalten haben, wurde grausame Wirklichkeit, ein Krieg in Europa, noch kein europäischer Krieg ! //

Bereits drei Tage später beschließt die Bundesregierung unter Führung des sozialdemokratischen Kanzlers Olaf Scholz eine gigantische Aufrüstung der Bundeswehr. So schnell verschieben sich die politischen Prioritäten: Gestern noch Kanzler der Diplomatie und heute Kanzler der Militärs.

Kriege und Waffen haben in der Geschichte noch nie etwas Positives hervorgebracht. Ich habe nicht den Kriegsdienst verweigert, um jetzt die Aufrüstung der Bundeswehr zu begrüßen.

Wo ist das Versprechen auf ein System kollektiver Sicherheit geblieben, das sich nach dem 2. Weltkrieg 1945 die Europäer gaben und 1975 in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und bei den 2+4 Gesprächen anlässlich der Deutschen Einigung 1990 erneuerten?

Der Krieg gegen die Ukraine, die Zerteilung dieses souveränen Staates sind völkerrechtswidrig und zu verurteilen. Deshalb gilt der ukrainischen Bevölkerung unsere Solidarität und zivile Hilfe.

Aber diese bittere Erfahrung zeigt einmal mehr, dass eine europäische Sicherheits- und Friedensarchitektur ohne Russland nicht zu machen ist. Und sie zeigt auch, dass die Ausdehnung der NATO Europa nicht sicherer gemacht hat.

Deshalb ist es wichtig, für die Zukunft mit Russland auf den unterschiedlichsten Ebenen im Gespräch zu bleiben, vor allem mit der russischen Zivilgesellschaft in Kultur und Bildung, in Sport, Städte- und Schulpartnerschaften. Deshalb gilt es gut abzuwägen und zu differenzieren bei den Boykottaufrufen, die derzeit durch unsere Medienlandschaft schallen. Ein über Jahrzehnte gepflegter Austausch, der zum gegenseitigen Verständnis viel beigetragen hat, ist die beste und auch einzige nachhaltige Grundlage für Frieden unter den Völkern inklusive Russland.

Fritz Junkers, aus Info-Post GEW Duisburg

Stimmungsbild

GEW NRW Gewerkschaftstag in Wuppertal

// Wieder einmal trafen sich die 400 Delegierten der GEW NRW in Wuppertal in der historischen Stadthalle. Drei Tage lang wurde intensiv beraten, diskutiert und beschlossen. //

Die Stimmung unter den elf Wuppertaler Delegierten und zwei Gastdelegierten war sehr gut, obwohl wir aufgrund der Sitzordnung ganz hinten Platz in der schönen Stadthalle nehmen mussten. Doch was Ortskundige nicht wissen konnten: Der kürzeste Weg zum Kaffee und zum Mittagessen ging durch die Hintertür des Saales. Für das Wohlbefinden war also gesorgt. Für uns als gastgebenden Stadtverband begrüßte Richard Voß den Gewerkschaftstag, auch Oberbürgermeister Schneidewind ließ sich ein Grußwort nicht nehmen.

Ohne große Diskussionen wurde der erste Antrag bereits um 12.15 Uhr verabschiedet, alte Gewerkschaftshasen waren bass erstaunt, dass das gelang. Diese atemberaubende Geschwindigkeit, mit der es durch die Tagesordnung ging, war neu. Unser Antrag, die GEW-Mitgliederzeitung „lautstark“ stärker wieder gewerkschaftlich auszurichten und auch einen Rechtsschutzteil vorzusehen, fand große Resonanz. Diszipliniert wurden die Delegierten durch eine Orkanwarnung seitens des Präsidiums, das Verlassen der Stadthalle sei lebensbedrohlich. Offensichtlich sind nicht alle mit den Eigenheiten des Wuppertaler Wetters vertraut, denn wir fanden die Windgeschwindigkeiten eher mäßig.

Abends gab es die ersten heftigen Diskussionen, woran das Tool zur digitalen Abstimmung und ein schwächeres WLAN nicht ganz unschuldig waren, so dass Debatten zur Geschäftsordnung die inhaltliche Auseinandersetzung etwas zurückdrängte. Immer wieder musste die gute alte nichtdigitale Zählkommission aushelfen. Am Ende stand aber eine Mehrheit dafür, dass der große Gewerkschaftstag künftig nur noch alle vier statt alle drei Jahre stattfinden wird. Mit einem weiteren Antrag wurde auf den Weg gebracht, die Bürokooperationen von GEW-Geschäftsstellen im Land weiter auszubauen, ein Erfolgsmodell, das wir in Wuppertal bereits seit vielen Jahren mit der GEW Solingen, Mettmann und Remscheid praktizieren.

Am Abend wurden im festlichen Rahmen ausscheidende Mitglieder des Landesvorstandes geehrt, darunter auch Harda Zerweck aus Mettmann, die große Kämpferin des Gesundheitsschutzes in der

GEW. Die sich anschließende Gewerkschaftstagsparty auf dem Balkon der historischen Stadthalle beschallte noch bis spät in die Nacht das Elberfelder Tal.

Am Freitag standen die spannenden Wahlen der Vorsitzenden der GEW NRW im Mittelpunkt. Ayla Çelik (Gesamtschule, 87,6 %) wurde zur 1. Vorsitzenden, Kerstin Salchow (Gesamtschule, 57,6 %) zur 1. Stellvertreterin und Stephan Osterhage-Klingler (Förderschule, 94 %) zum 2. Stellvertreter gewählt. Die Wahlen zu den vielen Fachreferaten waren dann eher eine Pflichtübung, wobei sich das Präsidium bemühte, das langandauernde Prozedere durch Stilblüten aufzulockern („Der GEW-Catwalk: Die Kandidat*innen können den Mittelgang doch einmal auf und ab laufen“).



Am Freitagabend und Samstag bestimmten dann die Anträge zum Tarifverhalten der GEW die Diskussion, oft auch begleitet durch die Frage nach den rechtlichen Grundlagen. Klar wurde schnell: Mit dem letzten Tarifergebnis war kaum jemand zufrieden. Es ging um einen Inflationsschutzschirm für die Beschäftigten und ein heftig umstrittener Antrag forderte künftig eine Urabstimmung innerhalb der GEW NRW über die Tarifergebnisse – ohne Rücksicht auf das Verhalten der anderen Gewerkschaften –. Allerdings wurden auch Zweifel laut, was die GEW denn alleine erreichen könne, wenn die anderen Gewerkschaften den Tarifvertrag unterschrieben. Letztlich überwogen dann die Zweifel, ob man gut beraten ist, Sonderwege zu beschreiten.

Zum Abschluss wurde noch eine eigene Resolution gegen den Krieg in der Ukraine eingebracht. Die Mehrheit des Gewerkschaftstages entschied sich aber auch hier, keine Sonderwege zu gehen, sondern an der Resolution festzuhalten, die die GEW NRW zusammen mit allen anderen DGB Gewerkschaften bereits vor geraumer Zeit inhaltlich abgestimmt und beschlossen hatte.

Uli Jacobs

Heißer Maitag an der Wupper

Treffen der GEW-Senior*innen

// Nach der langen Corona-Pause konnten wir Senior*innen in der GEW unser Treffen weitgehend draußen verleben, es war das 23. Mal seit dem Startschuss 2015. //

Neben den „alten Hasen“ war auch eine Anzahl „Newcomer“ dabei, die dieses inspirierende Zusammensein mit ehemaligen Kolleg*innen sichtlich genossen. Treffpunkt war in Oberrüden zwischen Solingen und Leichlingen direkt an der Wupper. Bei bestem Sommerwetter ging es los entlang des schattigen, bewaldeten linken Wupperufers Richtung Nesselrath. An beiden Seiten der Wupper konnte man noch Schäden der großen Flut im letzten Jahr erkennen, umgestürzte Bäume und viel Treibholz. Die frische Natur hatte noch nicht alles übergrünt. Nach der Brücke zur anderen Wupperseite an der alten Schleiferei „Wipperkotten“ auf dem Weg zurück zeigte eine Markierung an der Wand den hohen Pegelstand von 2,16m im Juli 2021. Der weitere Weg der ca. 8 km langen Wanderung wurde immer sonniger und heißer. Alle waren froh, sich schließlich im Restaurant „Rüdenstein“ bei einem guten Mittagessen und ausführlichen Gesprächen bei bester Laune zu widmen. Neben den Aktivitäten sind Kommunikation und Genuss ein ganz wichtiger Teil unserer Veranstaltungen. Das nächste Treffen soll im September starten.

Euer Team Senior*innen in der GEW
 Birgit, Inge, Egbert und Christian



Alle für eine Welt für alle

Ein Projekt der Gesamtschule Langerfeld

// Die Gesamtschule Langerfeld hat im Schuljahr 2021/22 an dem bundesweiten Schulwettbewerb für Entwicklungspolitik „Alle für eine Welt für alle“ unter dem Motto „Der Countdown läuft – Es ist Zeit für Action“ teilgenommen und gehört mit ihrer nachhaltigen Aktion zu den Preisträgern. //

In der Vorweihnachtszeit haben sich die Schüler*innen des WP2-Kurses „einFach nachhaltig“ Gedanken über das weihnachtliche Konsumverhalten unserer Gesellschaft gemacht. Unter besonderer Berücksichtigung des Dreischritts „Erkennen – Bewerten – Handeln“ haben sie kontextbezogen eine Wandzeitung mit Informationen über das Spielzeug-Dilemma erstellt sowie eine Spielzeug-Spenden-Aktion für die Wuppertaler Tafel durchgeführt. Um auch jüngere Kinder für dieses Thema zu sensibilisieren, haben sie ein Bilderbuch erstellt, welches den Weg eines Spielzeuges erzählt - zunächst aus Sicht eines Spielzeuges und dann aus Sicht eines im Sinne der Nachhaltigkeit umdenkenden Kindes. Die Aktion war über die Schulgemeinschaft hinaus ein voller Erfolg und die positive Resonanz groß.

Auch im nächsten Schuljahr wird die Spendenaktion in Kooperation mit der Wuppertaler Tafel durchgeführt. Wer sich für das Projekt interessiert kann Informationen gerne anfordern.

Gerne veröffentlichen wir auch Beispiele anderer Schulen. Meldet euch einfach bei uns.

„Viele Menschen wissen gar nicht, was mit den Sachen passiert, wenn sie weggeschmissen werden. Wir haben Plakate und ein Bilderbuch geschaffen, um die Menschen darüber aufzuklären und sie zu ermutigen, es besser zu machen. Wir sammelten Spenden, um zu helfen und um zu zeigen, wie es richtig geht. Das Konsumverhalten vor Weihnachten haben wir als Beispiel genommen.“ (Kaileena,

„Wir als Schüler*innen sollen uns bewusst machen, in welcher Lage wir sind, dass wir unsere Welt vielleicht bald nicht mehr retten können und dass wir unser Wissen mit anderen Schüler*innen, Kindern und Mitmenschen teilen sollen. Wir alle sollen aktiv werden und uns für unsere Welt einsetzen.“ (Lion, 14 Jahre)

Die GEW Wuppertal gratuliert

Besondere Geburtstage von April bis Juni 2022

22 Jahre

Solvey Hlynsdóttir

30 Jahre

Maike Bräkling
Juliane Fechtner
Kevin Hensen
Sabrina Hosono
Dorothea Kempf
Maike Schotten

40 Jahre

Manuela Albrecht
Karina Schlingensiepen
Annette Schulze
Janine Stursberg
Britta Weber
Paul Zingler

50 Jahre

Klaus Amtmann
Veronika Hilgert
Alexander Jung
Anke Korten
Marcus Mai
Andrea Overath
Barbara Schmahl
Alexander Scholl
Arne Ulbricht

60 Jahre

Marie O'Neill
Monika Roth-Lehnen
Cornelia Schmalor
Petra Schulze

70 Jahre

Verena Angerbauer
Michael Brischke
Jens Clausen
Günter Flecken
Peter-Michael Holz
Wolfgang Möller
Marianne Osenberg
Rainer Schmücker
Ursula Weinert

80 Jahre

Renate Hütig

85 Jahre

Dr. phil. Peter Herche
Irene Hupfer



LBV und Falschberechnungen

Nachprüfung ist angesagt

// Aufmerksame Kolleginnen haben uns berichtet, dass beim LBV nicht immer alles richtig läuft. Acht geben ist notwendig. //

Fall 1: Erneute Schwangerschaft während der laufenden Elternzeit

Wird eine Mutter während einer laufenden Elternzeit erneut schwanger, kann sie die Elternzeit für die nun anstehende Mutterschutzzeit durch formlose Erklärung abbrechen und wird für die neue Mutterschutzfrist bezahlt analog der Verhältnisse vor der Elternzeit. Das gilt auch bei Teilzeitarbeit während der Elternzeit.

Die Kollegin schreibt: „Hier scheint das LBV NRW einen grundsätzlichen Rechenfehler beim Mutterschaftsgeld zu machen, durch den mir während des Mutterschutzes monatlich 1300€ verloren gegangen wären, wenn ich es nicht bemerkt und mithilfe des Bundesfamilienministeriums für mich erkämpft hätte. Das LBV berechnet nämlich das Mutterschaftsgeld auf Basis der Teilzeitarbeit in der Elternzeit. Rechtlichen Anspruch haben wir Mütter aber auf das Geld vor dem ersten Mutterschutz - in meinem Fall auf das Vollzeitgehalt EG 13. Das LBV war absolut uneinsichtig. Begründung: „Das haben wir schon immer so gemacht.“ Ich habe es jetzt für meinen Fall mithilfe des Bundesfamilienministeriums lösen können und erhalte endlich das Geld, das mir zusteht.“

Fall 2: Corona-Prämie nach Tarifabschluss

Mehrere Anfragen deuten daraufhin, dass das LBV die Regelungen des Tarifvertrages nicht immer einhält. Die Coronaprämie erhalten diejenigen, die am 29.11.2021 in einem Beschäftigungs- oder Ausbildungsverhältnis standen, ein duales Studium nach TVdS-L oder ein Praktikum nach TV Prakt-L absolvieren und im Zeitraum vom 01.01. – 29.11.2021 an mindestens **einem Tag Anspruch** auf Tabellen-, Ausbildungs-, Studien- oder Praktikantenentgelt hatten. Hierzu zählen auch Entgeltersatzleistungen wie z.B. Krankengeldzuschuss, Zuschuss zum Mutterschaftsgeld und Kinderkrankengeld.

Ausnahmen: Beschäftigte die im Zeitraum 01.01. – 29.11.2021 an keinem Tag Anspruch auf Entgelt oder Entgeltfortzahlung hatten, z.B. aufgrund von Elternzeit, unbezahltem Sonderurlaub, Rente auf Zeit oder Arbeitsunfähigkeit ohne Anspruch auf Lohnfortzahlung oder Krankengeldzuschuss haben keinen Anspruch auf die Zahlung der Coronaprämie.

Helga Krüger

Die Elternzeit und die Schulferien

Schulbehörden treffen schon mal Fehlentscheidungen

// Dieses Thema ist ein ärgerlicher Dauerbrenner bei der GEW-Beratung. Hintergrund ist auch, dass die rechtlichen Regelungen für Angestellte und Beamt*innen unterschiedlich sind.

Für Beamt*innen heißt es in Freistellungs- und Urlaubsverordnung: „Bei Beamtinnen und Beamten mit Lehraufgaben im Schul- und Hochschuldienst sind Unterbrechungen der Elternzeit nicht zulässig, wenn sie überwiegend auf die Schulferien oder die vorlesungsfreie Zeit entfallen. Bei der Wahl von Beginn und Ende der Elternzeit dürfen Schulferien oder die vorlesungsfreie Zeit nicht ohne sachgerechte Begründung ausgespart werden.“

Keine Schulferienregelung bei Elternzeit für Angestellte

Diese Bestimmungen sind für Angestellte nicht anwendbar! Für sie gilt das Elterngeld- und Elternzeitgesetz unmittelbar (BEEG). Dieses Gesetz sieht keine Beschränkungen bei der Wahl der Zeiträume der Elternzeit vor. Sie können z.B. das Ende der Elternzeit auf den letzten Schultag vor den Sommerferien legen, um das Schuljahr angemessen vorbereiten zu können.

Die Verwaltungspraxis für Beamt*innen sieht vor, dass der Abstand der Länge der Ferien entsprechen soll. Das läuft in der Regel darauf hinaus, dass beamtete Lehrkräfte z. B. nur sechs Wochen vor den Sommerferien die Elternzeit beenden oder erst sechs Wochen danach beginnen können. Sollte allerdings das Ende des Elterngeldbezuges in diese Zeiträume rund um die Ferien fallen, findet die Sperrfrist keine Anwendung. Das gilt auch dann, wenn die Höchstdauer der Elternzeit endet bzw. die Anspruchsberechtigung auf Elternzeit oder Elterngeld auf den anderen Elternteil wechseln soll. Ein nahtloser Wiedereinstieg auch in oder kurz vor Ferienzeiten muss in diesen Fällen gewährleistet werden.

Auch bei anderen Fallkonstellationen, bei denen offensichtlich kein Rechtsmissbrauch vorliegt, darf die Sperrfrist rund um die Schulferien keine Rolle spielen. Wenn z.B. die Eingewöhnung in die Kita direkt zu Beginn der Schuljahres erfolgen muss, darf eine Elternzeit im Anschluss an die Sommerferien nicht verwehrt werden. Jeder Einzelfall ist also zu würdigen, ein Schematismus verbietet sich. Das beachten die Personalabteilungen leider nicht immer.

Helga Krüger

Ferientipps anderer Art

Krankmeldung, Anwesenheitspflicht und mehr

// Damit alle sorglos die Urlaubszeit genießen können, hier einige nützliche Hinweise. Die also-Redaktion wünscht jedenfalls allen eine möglichst erholsame und unbeschwerte Sommerzeit. //

Krankschreibung und Ferien

Wenn die ärztliche Krankschreibung bis zu einem Tag direkt vor den oder bis in die Schulferien reicht, dann müssen sich Beschäftigte - Angestellte und Beamt*innen - unbedingt bei der Schulleitung „gesund melden“, andernfalls gelten sie als krank mit den entsprechenden Folgen: Krank ohne Attest, also Gehaltskürzung und eventuell sogar dienst- bzw. arbeitsrechtliche Unannehmlichkeiten. Notfalls kann man diese Meldung auch an das Schulamt bzw. die Sachbearbeitung bei der Bezirksregierung senden.

Anwesenheitspflicht in den Schulferien

„Liebe Kolleg*innen, da unsere Schulsanierung vorbereitet werden muss, treffen wir uns alle in der ersten Woche der Schulferien, um sie vorzubereiten.“ Halt, so geht das allerdings nicht, liebe Schulleitung. Eine solche Anwesenheit kann höchstens freiwillig sein.

Denn Lehrkräfte und pädagogisches Personal im Landesdienst haben einen Urlaubsanspruch von 30 Tagen. Geregelt ist, dass sie diesen in den Schulferien verwirklichen müssen. Nicht geregelt ist, wie sie die Urlaubstage in den jeweiligen Schulferien verteilen, diese Entscheidung treffen sie selbst. Die „überschüssigen“ Schulferientage sind für die Vor- und Nachbereitung oder auch Fortbildung reserviert. Eine Ausnahme ist die letzte Woche der Sommerferien, bei rechtzeitiger Ankündigung kann eine Anwesenheit angeordnet werden, wenn es dienstlich notwendig ist.

Ferienadressen bitte hinterlegen

Habt ihr diese Aufforderung schon einmal erhalten? Nun, niemand ist verpflichtet, der Schulleitung seine Urlaubsadresse zu hinterlassen. Urlaub ist Urlaub, wo Beschäftigte den verbringen und wann eine Lehrkraft oder eine pädagogische Fachkraft ihn in der unterrichtsfreien Zeit nimmt, ist Privatsache. Erwartet man allerdings dienstliche Schreiben, so sollte man selbstverständlich dafür sorgen, dass der heimische Briefkasten geleert wird und eine Nachricht über Amtliches an die Urlaubsadresse gelangt.

Helga Krüger



Beihilfe und Belastungsgrenze

Beim Ausfüllen des Langantrags zu beachten

// „Ich musste nach langer Zeit wieder mal einen Langantrag für die Beihilfe ausfüllen und da fiel mir dieses auf. Setze ich ein Kreuz bei der folgenden Frage: „Mit der entsprechenden Verarbeitung meiner Bruttobezüge für die Bearbeitung des vorliegenden Antrags bin ich nicht einverstanden? Welche Vor- oder sogar Nachteile ergeben sich dadurch?“ //

Gerne erläutern wir den Hintergrund dieses „Kreuzchens“ auf dem Beihilfeantrag.

Die Beihilfenverordnung NRW sieht eine Begrenzung der finanziellen Belastung der Beihilfeberechtigten vor. Hierbei dürfen der Eigenanteil zahntechnischer Leistungen bei der Versorgung mit Zahnersatz, Zahnkronen und Suprakonstruktionen und die Selbstbehalte bei Inanspruchnahme von Wahlleistungen (z. B. 2-Bett-Zimmer, Chefarztbehandlung) im Krankenhaus im Kalenderjahr insgesamt 1,5 % der Bruttojahresdienstbezüge des Beihilfeberechtigten nicht übersteigen. Im letzten Jahr gehörte zu dieser Aufzählung noch die Kostendämpfungspauschale, die ja nun endlich abgeschafft wurde.

Hat man also in einem Kalenderjahr Ausgaben in diesem Bereich, die diese Belastungsgrenze übersteigen, fällt diese Selbstbeteiligung unter den Tisch.

Nun kennt ja die Beihilfestelle die persönlichen Einkommensverhältnisse der Beihilfeberechtigten nicht. Wenn man das Kreuz **nicht** setzt, gibt man damit sein Einverständnis, dass die Beihilfestelle die Bruttobezüge, die ja beim LBV verarbeitet werden, benutzt.

Setzt man das Kreuz, muss man selbst darauf achten, ob die Belastungsgrenze überschritten wird und dies dann melden bzw. sogar einen Widerspruch einreichen.

Es spricht also einiges dafür, das Kreuz an dieser Stelle nicht zu setzen und die Verarbeitung der LBV-Daten zuzulassen.

Helga Krüger

Der Sturz von der Bierbank

Auch das kann ein Dienstunfall sein

// Stürzt eine Lehrerin von der Bierbank und verletzt sich dabei, so handelt es sich um einen Dienstunfall, wenn der Festzeltbesuch im Rahmen einer Klassenfahrt stattfindet. Das hat das Verwaltungsgericht Stuttgart entschieden und verpflichtete den Dienstherrn zur Anerkennung (Az. 1 K 173/13). //

Die Kollegin nahm als Begleitung an einer Klassenfahrt nach München teil. Auf dem Programm stand auch ein Besuch des Frühlingsfests, der zum Ausklang des Tages gegen 21 Uhr im Bierzelt enden sollte. Zur Live-Musik tanzten Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte gemeinsam auf der Bierbank, bis diese letztlich umkippte und die Lehrerin sich beim Sturz am Rücken verletzte. Daraufhin war sie mehrere Wochen krankgeschrieben. Die Schulbehörde aber verweigerte ihr die Anerkennung eines Dienstunfalls. Denn es gehöre schließlich nicht zu ihren Dienstaufgaben, mit den Schülerinnen und Schülern auf der Bierbank im Festzelt zu tanzen. Die Gefahr habe sie mit dem Besteigen der Bank selbst geschaffen und somit soll auch der Unfall eine rein private Angelegenheit der Lehrerin gewesen sein.

Tanz auf der Bierbank als pädagogischer Gesamtauftrag

Dagegen klagte die Pädagogin und bekam vom Verwaltungsgericht Stuttgart Recht. Entscheidend sei, dass der Unfall sich infolge ihrer Dienstpflichten ereignete. Zu diesen gehöre auch die Aufsichtspflicht, die von der Lehrerin wahrgenommen werden musste. Viele Schülerinnen und Schüler seien noch minderjährig und das Alkoholverbot musste überwacht werden, was ihr letztlich auch ganz gut gelang.

Neben der reinen Wissensvermittlung und Beaufsichtigung zählt es ebenso zum pädagogischen Gesamtauftrag, Vertrauen zu den Schüler*innen aufzubauen. Daher betont der Richter, dass der Sturz von der Bierbank durchaus im engen Zusammenhang mit den Dienstpflichten stehe. Der Lehrerin kann nicht vorgeworfen werden, sich durch das Besteigen der Bierbank selbst in Gefahr gebracht zu haben, da sie sich „durchaus üblich und sozialadäquat“ verhalten habe.

Einsatz an zwei Schulen?

Dringend Fahrkostenersatz prüfen!

// Wenn Lehrkräfte oder anderes pädagogisches Personal im Landesdienst an mehreren Schulen oder an Teilstandorten einer Schule arbeiten müssen (z. B. Abordnungen, ausländische Lehrkräfte, Fachkräfte für Religion, Einsatz an Dependancen), steht ihnen möglicherweise ein Fahrkostenersatz zu. //

Unterschieden wird hierbei die „regelmäßige Dienststelle“ und die „andere Dienststelle“. Als regelmäßige Dienststelle gilt die Schule bzw. der Standort, an der man die meisten Stunden eingesetzt ist. Arbeitet man an verschiedenen Schulen mit gleicher Stundenzahl, so ist dies die Schule, die der Wohnung am nächsten liegt.

Für Fahrten zur regelmäßigen Dienststelle steht kein Fahrkostenersatz zu. Sie können bei der Steuererklärung geltend gemacht werden. Erstattet werden jedoch Fahrten zwischen der regelmäßigen Dienststelle und der anderen Schule. Fährt man von zu Hause unmittelbar zur anderen Schule bzw. am Ende des Unterrichts von der anderen Schule wieder nach Hause, ohne die regelmäßige Dienststelle zu „berühren“, ist diese ganze Strecke zu ersetzen. Der Fahrkostenersatz beträgt 0,30€/km bei Benutzung eines PKW oder die Erstattung der Fahrkarte. Ticket-Besitzer sind allerdings amtlich verpflichtet, dieses zu benutzen. Wer außerhalb des Dienstortes wohnt, kann nur die Fahrkosten jeweils ab der Stadtgrenze des Dienstortes geltend machen. Fahrkosten müssen innerhalb eines halben Jahres nach Entstehung beantragt werden (Ausschlussfrist).

Fahrt von regelmäßiger Dienststelle zur anderen Schule und wieder zurück	Erstattung: zweimal Entfernungskilometer oder Fahrkarte
Fahrt von zu Hause zur anderen Schule, ohne die regelmäßige Dienststelle zu „berühren“ und wieder nach Hause	Erstattung: zweimal Entfernungskilometer von zu Hause zur anderen Schule oder Fahrkarte.
Fahrt zur regelmäßigen Dienststelle, dann zur anderen Schule und anschließend nach Hause	Erstattung: Entfernungskilometer zwischen den Schulen und von der anderen Schule nach Hause oder Fahrkarte.

Man sollte sich von den scheinbar komplizierten Bestimmungen nicht abhalten lassen, seine Ansprüche geltend zu machen, schon allein wegen der Belastung, an mehreren Schulen arbeiten zu müssen.

Rechtsgrundlage: BASS 21-24 Nr.1



Wohin steuert die Bildungspolitik?

Podiumsdiskussion zur Landtagswahl

// Es war ein ambitioniertes Vorhaben, mit den Solinger Landtagskandidat*innen eine Diskussion im Hybridformat - live und digital - auf die Beine zu stellen. Das Vorbereitungsteam (Pensionär/in Michael und Birgit, GEW-Aktive - Sabine, Sonja, Franziska, Edgar, Stadtschulpflegschaft - Antonia und Carsten, Jugendstadtrat / Schüler*innenvertretung - Sinja und Yannik) war ein echtes Dreigenerationen-Projekt, was angesichts der digitalen Herausforderung ein Glücksfall war, denn Yannik war ein echter Profi. “ //

Kurz vor der Veranstaltung am 4.4.2022 waren wir alle doch recht nervös, weil nicht abzuschätzen war, wie viele Besucher wohl den Weg ins Pädagogische Zentrum Vogelsang finden würden, schließlich fand die ganze Vorbereitung unter ständig wechselnden Coronaregeln statt. Alles etwas ungewiss... Immerhin konnten dann gut 30 Zuschauer im Saal begrüßt werden, zwischen 60 und 120 Interessierte verfolgten die Diskussion online im Stream. Ganz erfreulich.

Von den Parteien hatten sich eingefunden: Marina Dobbert, MdL (SPD); Eva Miriam Fuchs (Bündnis 90 / Die Grünen); Sebastian Haug (CDU); Nina Brattig (FDP), Till Sörensen (Die Linke). Die Rahmenmoderation übernahm Frauke Rütter, GEW NRW.

Beim ersten Themenblock „Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit“ unterschieden sich die Antworten so gut wie nicht, zusammenfassend wollten alle mehr Lehrer*innen einstellen, um große Klassen zu verhindern. Lehrer*innen sollen von nicht-pädagogischen bzw. fachfremden Aufgaben entlastet werden, dafür müsse mehr Personal eingestellt werden, Schulsozialarbeit soll verlässlich werden.

Einig waren sich auch alle Podiumsteilnehmer*innen bei der Beantwortung der Fragen zur Digitalisierung: Ausstattung der Schulen bezüglich Digitalisierung deutlich verbessern, kostenlose Endgeräte für Lehrer*innen und Schüler*innen (Lehrmittelfreiheit), Lehrerausbildung entsprechend anpassen, Fachleute für Support einstellen. Nina Brattig fügte hinzu, dass der Prozess der Digitalisierung gerade erst begonnen habe, alles Zeit benötige (Anmerkung: Seit mehr als 15 Jahren schreiben alle Schulen Schulentwicklungspläne „Neue Medien“....). Marina Dobbert forderte eindringlich eine Änderung der Zuständigkeiten, um die Finanzierung zu sichern, die Kommunen zu entlasten.

Im dritten Themenblock ging es um den Arbeitsplatz Schule und um Attraktivitätssteigerung des Lehrer*innenberufs, um mehr junge Leute zum Studium zu bewegen. Zunächst waren sich wieder alle einig, dass alle Lehrer*innen aller Schulformen die gleiche Besoldung erhalten müssen, nur bei der zeitlichen Umsetzung gab es Unterschiede. Till Sörensen (Linke) hätte es schon 2010 umgesetzt, Marina Dobbert (SPD) will gleiche Bezahlung für alle direkt nach den Sommerferien 2022, auch Miriam Fuchs (Grüne) zu Beginn der neuen Legislaturperiode, Sebastian Haug (CDU) und Nina Brattig (FDP) wollten sich zeitlich nicht festlegen, wollten gleiches Gehalt für alle aber in Angriff nehmen. Auf Sabines Nachfrage, warum die Regierungsparteien das Problem der gleichen Besoldung bereits im Wahlkampf 2017 versprochen, aber noch nicht angegangen seien, musste der angeblich zu kurze Zeitrahmen als Begründung herhalten. Till Sörensen will zusätzlich die Studienbedingungen und das Schulumfeld (z.B. Gebäude) attraktiver gestalten, Marina Dobbert und Miriam Fuchs fordern die Einrichtung Multiprofessioneller Teams mit ausreichenden Zeit- und Freiräumen. Wertschätzung und Blick auf Entlastungs- und Anrechnungstunden war wieder allen Podiumsteilnehmern wichtig.

Bleibt zu hoffen, dass die Parteien, die die neue Landesregierung bilden werden, sich an ihre Wahlversprechen halten, denn so wie bisher geht es ja wohl nicht weiter.

Die Veranstaltung ist auf YouTube abrufbar:

<https://youtu.be/65Ucnxoewg>

Michael und Birgit Seiffert



Eine Schule für alle Geschlechter

Hinweise für die aktuelle Schulpraxis

// Es war das große Thema der diesjährigen Online-Landesfrauenkonferenz der GEW NRW, zu dem die Referentinnen Dr. Birgit Palzkill und Dr. Heidi Scheffel ein Impulsreferat hielten. **Wie kann eine geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (LSBTIQ = lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, inter und queer) in Schule und Unterricht gerecht berücksichtigt werden? //**

Dieser Frage müssen sich angesichts der gesellschaftlichen Situation und häufigen Bekenntnissen von betroffenen Personen Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Politik, Verwaltung und andere Institutionen stellen. Denn dazu sind sie per Gesetz verpflichtet. Die Zugehörigkeit zu einer Geschlechtsdefinition ist wichtig für die eigene Identität. Eine unbefriedigende Auseinandersetzung der betroffenen Personen kann zu vielen Problemen und auch zu Leistungsabfall führen.

Aber für die Schulpraxis bedeutet es auch, ich kann nicht allen Diversitäten gerecht werden. Doch eine Jungen- und Mädchenförderung alleine reicht nicht. Welches sind aber erste Schritte und Möglichkeiten? Sicher zum einen der eigene Umgang mit gendergerechter Sprache, Schrift und Beratung. Aber auch das Schaffen einer offenen Schulkultur, Positionierung im Schulprogramm und auf Homepages, Professionalisieren von Lehrkräften (Fortbildungen) und Grenzsetzungen gegen diskriminierende, sexualisierte, genderbasierte Gewalt. Eine Vielfalt im (Fach-)Unterricht abbilden, reflektieren und gestalten ist genauso wichtig, wie Unterrichtsmaterialien diesbezüglich zu hinterfragen (siehe auch den Beitrag in E&W 03/2022: „Erika statt Thomas Mann“ von Nadine Emmerich). Hellhörig werden, wenn Schüler*innen an bestimmten Fächern und/oder Klassenfahrten nicht teilnehmen möchten oder gar einnässen. Lösungen für Umkleemöglichkeiten, Toilettennutzungen (bei Neubauten und Sanierungen auf Unisextoiletten achten) und Schlafplätze finden, um nur einiges zu nennen.

Dankenswerterweise stellten die Referentinnen eine Liste hilfreicher Literatur und Videohinweise zur Verfügung, die wir auf Anfrage gerne zuschicken.

Ursula Kurzrock



Die GEW Solingen gratuliert

Besondere Geburtstage von April bis Juni 2022

Unsere Jüngsten

26 Jahre

Carolin Lemmens
Franziska Schweitzer

70 Jahre

Ingrid Brockmann
Ida Hömmken-Keil
Rolf-Joachim Lagoda

30 Jahre

Lena Ludes
Sofia Paraskevopoulou

81 Jahre

Wilma Lankes-Weber
Kersti Mummert

40 Jahre

Bastian Ketter

50 Jahre

Nancy Forkert
Volker Lange-Berlin
Sandra Stack
Lorenz Walther

60 Jahre

Jörg Harriers
Manfred Wilden



Nachruf

// Wir haben erfahren müssen, dass unsere liebe, langjährige und bis dato älteste Kollegin Erika Wirths im Juli 2021 im Alter von 91 Jahren verstorben ist. //

Erika Wirths machte ihr Abitur 1951 am Mädchengymnasium August-Dicke-Schule in Solingen. Sie studierte an der Pädagogischen Akademie in Essen-Kettwig und legte dort ihre 1. Lehrprüfung für das Lehramt an Volksschulen ab. Bereits drei Wochen später nahm sie ihren Dienst an der Ev. Volksschule Elsa-Brandström-Straße auf als Lehrerin „Fräulein Wirths“.

Im Zuge der Reformen in NRW und der Veränderungen in der Solinger Schullandschaft wechselte sie an die Grundschule Klauberg, in der sie später das Amt der Konrektorin übernahm. Viele Jahre organisierte sie die Schule verlässlich, gewissenhaft und kooperativ gemeinsam mit der Rektorin, Inge Werbeck. Die Organisation der Bauphasen in Klauberg übernahm sie gerne.

In ihrer zurückhaltenden aber zugewandten Art unterstützte sie als Mentorin junge Kolleginnen. Erikas Hauptaugenmerk galt den ihr anvertrauten Kindern, denen sie mit viel Empathie, Sensibilität und Aufmerksamkeit begegnete, gerade auch im damals beginnenden „Gemeinsamen Unterricht“.

Bereits knapp ein Jahr nach Dienstbeginn, also 1954, trat Erika Wirths in die GEW Solingen ein. Mehr als ein Jahrzehnt hat sie sich als Kassiererin in unserer Gewerkschaft engagiert. Der frühe Eintritt in die GEW und die Übernahme eines Amtes zeugen von Erikas gewerkschaftlichem Denken und von ihrer Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Sie blieb Mitglied bis zu ihrem Tod, das waren mehr als 67 volle Jahre.

Wir werden Erika Wirths ein ehrendes Gedenken bewahren.

Wir danken Doris Schulz, die mit viel Recherche Informationen zu Erika Wirths zusammengetragen hat. Den lesenswerten und nachdenklichen „Nachruf“ stellen wir auf unserer Homepage zur Verfügung:

<https://solingen.gew-nrw.de/solingenintern/news/nachruf-auf-erika-wirths.html>



Für euch gefunden

Die Digitalisierung schreitet in Deutschland voran...



Gestern wurde mir ein Antrag auf Unterrichtsbefreiung vorgelegt:
„Bitte befreien Sie meinen Sohn Justin am nächsten Freitag vom Unterricht, weil Justin seine Tante heiratet.
Gratuliere ich dem Bub jetzt? Meld ich das dem Jugendamt? Oder schenke ich der Familie einen Duden?“

Schade, dass mein Kind keinen Sprit braucht, sondern Bildung, Gesundheit und Sicherheit. Schade. Sonst könnte der Staat da was tun.

Letztere war ich bei einem Freund. Er fing an, mich mal wieder damit zu nerven, dass Unterrichten doch nicht schwer sei. Als er dann etwas erzählte, machte ich Folgendes:
Ich unterbrach ihn alle paar Sekunden mit einer Frage, die nicht ansatzweise relevant war & machte mit dem Löffel in meiner Kaffeetasse regelmäßig Klack.
Zwischendurch ging ich auch mehrmals auf die Toilette.
Als er fertig war zu erzählen, bet ich ihn, alles nochmal zu wiederholen, weil ich nicht richtig zugehört hatte!



KOMMENTAR **WDR 5**

II

Für viele Lehrerinnen und Lehrer war es eine Überraschung, dass die geflüchteten Kinder aus der Ukraine, die sie jetzt alle panisch einschulen sollen, bereits zur Schule gehen. Nicht auf eine Schule in Deutschland - sondern in der Ukraine. Die Ukraine hat es in nur zwei Tagen geschafft, alle Schulbücher online zu stellen und in nur drei Wochen ein komplettes Schulsystem im Netz auf die Beine zu stellen. Und das mitten im Krieg. Von der Ukraine lernen heißt Digitalisieren lernen!

Mitja Sangal kommentiert in WDR 5

Vorstand und Service

Leitungsteam:

Ute Halein	ute.halein@gew-nrw.de
Nina Meier	Ninameier60@gmail.com
Sabine Riffi	sabineriffi@aol.com
Andrea Schütt	andrea.schuetti@gmx.de
Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de

Kassiererin:

Franziska Sadzik	franziska_sad@yahoo.de
------------------	------------------------

Schriftführerin:

Andrea Schütt	andrea.schuetti@gmx.de
Julia Bemboom	j.bemboom@gmx.de

Referent für Öffentlichkeitsarbeit:

Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de
---------------	--------------------------

Referentin für Bildung:

Nina Meier	Ninameier60@gmail.com
------------	-----------------------

Referentin für Rechtsfragen:

Ute Halein	ute.halein@gew-nrw.de
------------	-----------------------

Ausschuss der Ruheständler*innen:

Birgit Seiffert	birgit@seiffert-in-solingen.de
Michael Seiffert	michael@seiffert-in-solingen.de

DGB-Kontakt:

Edgar Koepfel	edgarkoepfel@web.de
---------------	---------------------

Ruhegehaltsberechnung:

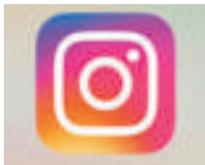
Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de
---------------	--------------------------

Offene GEW-Sitzung:

mittwochs, 17.08., 14.09., 19.10., 16.11., 14.12.2022 um 17.15 Uhr

Ort beim Leitungsteam erfragen | **Sommertreff:** 15.06.2022, 18 Uhr Biergarten SG-

Wald | Bitte Termin vormerken: **JHV** 20.09.2022 Galileum - Einladung folgt



Impressum:
 GEW-Stadtverband Solingen
 c/o Paradedstr. 21
 42107 Wuppertal
 Tel. 0202 - 44 02 61
 solingen@gew-nrw.de

Solingen Letter Redaktion
 Ursula Kurzrock
 u.kurzrock@t-online.de



Gewerkschaftstag 2022 der GEW Endlich wieder in Präsenz

// Der diesjährige Gewerkschaftstag der GEW NRW stand unter dem Motto „Mehr für Bildung“ und fand in Wuppertal statt - endlich wieder in Präsenz. //

Auf dem Programm stand die weitere inhaltliche Ausrichtung der GEW und zahlreiche Wahlen. Ayla Celik wurde mit 92% der Stimmen zur Vorsitzenden der GEW NRW gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende wurde Kerstin Salchow (Gesamtschullehrerin) sowie Stephan Osterhage-Klingler (Lehrer für Sonderpädagogik) gewählt. Zur Wahl standen auch zahlreiche Leitungen der Referate und Ausschüsse.

Insgesamt standen rund 87 Anträge aus allen Bereichen der GEW zur Beratung an. Sie waren thematisch gebündelt und beschäftigten sich mit Bildungspolitik, Tarifpolitik, Bildungsfinanzierung, Lehrkräfteaus- und fortbildung und Organisationspolitik der GEW. Ein Gewerkschaftstag ist eine sehr basisdemokratische Angelegenheit, da sind zuweilen auch mal Geduld und Ausdauer gefragt. Die Mettmanner GEW war mit fünf delegierten Personen vertreten.



Ein Blick in die prächtige Wuppertaler Stadthalle

Leitlinien Gemeinsames Lernen

Endlich veröffentlicht

// Seit vielen Jahren hat sich die GEW NRW intensiv für eine Arbeitsplatzbeschreibung eingesetzt, die das Arbeiten aller beteiligten Professionen im Gemeinsamen Lernen verbindlich und verlässlich regelt. Nach vielen Gesprächen wird nun ein Teil der Forderungen umgesetzt. //

Das Schulministerium hat die „Leitlinien Gemeinsames Lernen“ nun veröffentlicht. Diese machen erstmalig konkrete Aussagen zu einigen wichtigen Tätigkeiten, die von den Lehrkräften genutzt werden können und den Beteiligten mehr Sicherheit und Klarheit als bisher bieten. Auch wenn vieles, was wir gefordert haben, noch nicht enthalten ist, sind sie ein wichtiger erster Schritt.

Wir hoffen, dass besonders die Anlagen 1 und 2 der Leitlinien für mehr Verlässlichkeit und Entlastung in der Arbeit der Kolleg*innen vor Ort sorgen werden.

Mit der Anlage 1 „Gespräch zur Teilabordnung von Lehrkräften und Personen anderer Berufsgruppen im Rahmen des Gemeinsamen Lernens...“ werden Vereinbarungen zwischen den Schulleitungen der Stamm- und der Abordnungsschule schriftlich festgehalten. Federführend ist hierbei die Stammschule. Die abzuordnende Lehrkraft ist zu beteiligen und unterschreibt diese Vereinbarung. In den Leitlinien wird von einer Empfehlung gesprochen, auf die die Schulleitung der Stammschule die teilabgeordnete Lehrkraft vor Beginn der Abordnung hinweisen muss. Lehrkräfte sollten diese Möglichkeit nutzen und eine solche schriftliche Vereinbarung vor Beginn der Abordnungszeit anregen.

Mit der Anlage 2 „Arbeitshilfe zur Verteilung der Aufgabenfelder im Gemeinsamen Lernen auf der Grundlage des schulischen Inklusionskonzepts“ können alle Beteiligten in den verschiedenen schulischen Handlungsbereichen zu Beginn der gemeinsamen Tätigkeit Zuständigkeiten und eine Aufgabenverteilung festlegen, sowie diese transparent, verlässlich und nachvollziehbar dokumentieren. Diese Arbeitshilfe kann gut zur Vereinbarung von Zuständigkeiten und Aufgabenverteilung und damit zur Reduzierung unklarer Rollen und Aufgaben benutzt werden. In GEW-Beratungen häufig gestellte Fragen von abgeordneten Lehrkräften betreffen den Einsatz im Gemeinsamen Ler-

nen und die Anrechnung von Fahr-, Kooperations- und Beratungszeiten. Dazu gibt es nun Aussagen in den Leitlinien.

Einsatz im Gemeinsamen Lernen

Priorität hat die sonderpädagogische Unterstützung. Sie muss gesichert sein. Das gilt auch bei einem notwendigen Vertretungsbedarf. Der Einsatz der Lehrkräfte für sonderpädagogische Förderung erfolgt „grundsätzlich in Klassen mit Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung.“. Der Einsatz als Klassenleitung in einer Klasse des Gemeinsamen Lernens ist möglich. Er „soll im Einvernehmen mit der Lehrkraft erfolgen“ (Leitlinien, S. 4).

Die notwendige Entlastung der Lehrkräfte durch die Anrechnung von Kooperations-, Beratungs- und Fahrzeiten wird in den Leitlinien erwähnt. Eine direkte Anrechnung erfolgt leider nicht, aber „es ist Ziel, diese in die Haushaltsanmeldungen der kommenden Jahre aufzunehmen“ (Leitlinien, S. 3).

Die GEW NRW wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass diese Mittel ab dem nächsten Landeshaushalt aufgenommen werden und die Anrechnung dieser Tätigkeiten und der Fahrzeiten endlich umgesetzt wird.

Die GEW NRW unterstützt alle Kolleg*innen dabei, ihre Rechte und Interessen zu vertreten. Für alle Kolleg*innen, die im Gemeinsamen Lernen arbeiten, bieten die Leitlinien nun eine erste Argumentationshilfe. Auch wenn noch wichtige Fragen offenbleiben, begrüßen wir die Leitlinien und die damit verbundene Unterstützung. Bei Fragen oder konkreten Unterstützungsanliegen wendet euch bitte an die GEW-Ansprechpartner*innen.

Susanne Boland

Download der Leitlinien



[www.schulministerium.nrw/schule-bildung/bildungsthemen/inklusion.](http://www.schulministerium.nrw/schule-bildung/bildungsthemen/inklusion)

Rahmenbedingungen ändern

Förderschulen brauchen bessere Bedingungen

// Die GEW NRW setzt sich weiter für verbesserte Rahmenbedingungen an allen Förderschulen ein. Dazu hier das Forderungspapier „Förderschulen stärken“. //

Die Oberthemen der Forderungen lauten u.a.:

- Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel
- Ausbau aller Förderschulen zu Schulen mit gebundenem Ganztag
- Entlastung der Lehrkräfte
- Entlastung der Schulleitungen
- Ausbau der IT-Infrastruktur, Bereitstellung technischer Medien unter Berücksichtigung von Aspekten der Arbeitsergonomie
- einheitliche Regelungen und Entlastungen beim Einsatz an mehreren Schulstandorten
- Unterstützung durch weiteres Personal an Schulen
- gerechte Bezahlung und Beförderungsmöglichkeiten.

Die im Forderungspapier vorgestellten Punkte wurden auch im Landtagswahlkampf gegenüber den Landtagskandidat*innen eingefordert. Jetzt heißt es, die Politiker*innen beim Wort zu nehmen und an ihre Versprechen zu erinnern.



Download des
GEW-Forderungspapiers

GEW Mettmann leistet finanzielle Unterstützung

Die Nachrichten über die Invasion Russlands in der Ukraine, die daraus entstehende humanitäre Katastrophe und unsere Machtlosigkeit führten auch in der GEW-Kreisverbandssitzung zu viel Gesprächs- und Diskussionsbedarf. Um zumindest einen geringen Beitrag für die Hilfe und Unterstützung der Menschen auf der Flucht zu leisten, entschlossen wir uns, 350€ an die MISSION LIFELINE e.V. zur Versorgung der Fliehenden mit Medikamenten, Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfes an der ukrainisch-slowakischen Grenze zu spenden.

Viele Infos zum Einsatz der MISSION LIFELINE e.V. im Ukraine Konflikt findet ihr unter: <https://mission-lifeline.de/ukrainekonvoi/>

Leitungsteam

Uwe Schledorn

uwe.schledorn@gew-nrw.de

Birgit Dinnessen-Speh

birgit.dinnessen-speh@gew-nrw.de

Dorthe Mengel

dorthe.mengel@gew-nrw.de

Kassierer*in

Susanne Boland

susanne.boland@gew-nrw.de

Felix Josfeld

felix.josfeld@gew-nrw.de

Regionale Ansprechpartner*innen

Knut Koslowski

Ratingen

knut.koslowski@gew-nrw.de

Mohammed Assila

Hilden, Haan, Erkrath, Mettmann

mohammed_Assila@web.de

Monica Mookherjee

Velbert, Heiligenhaus, Wülfrath

monica.mookherjee@gew-nrw.de

Harald Sprave

Langenfeld, Monheim

haraldsprave@t-online.de

Öffentlichkeit, Homepage

Hanne Steffin-Özlük

hanne.steffin@gesamtschulevelbert.de

Ruhegehaltsfragen

Herbert Romund

Kontakt Ruhegehaltsfragen

herbert.romund@gew-nrw.de

Personalräte | Ansprechpartner*innen

Grundschule

Dorthe Mengel

dorthe.mengel@gew-nrw.de

Mechthild Hesterkamp

mechthild.hesterkamp@gew-nrw.de

Felix Josfeld

felix.josfeld@gew-nrw.de

Förderschule

Birgit Dinnessen-Speh

birgit.dinnessen-speh@gew-nrw.de

Susanne Boland

susanne.boland@gew-nrw.de

Uwe Schledorn

uwe.schledorn@gew-nrw.de

Hauptschule

Ali Seamari

ali.seamari@gew-nrw.de

Realschule

Rainer Rieger

rainer_rieger@yahoo.de

Gesamtschule

Monica Mookherjee

monica.mookherjee@gew-nrw.de

Gymnasium

Ulrich Jacobs

ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Berufskolleg

Antje Schipper

antje.schipper@gew-nrw.de

Herzlichen Glückwunsch

Besondere Geburtstage von April bis Juni 2022

Unsere Jüngsten

25 Jahre

Melissa Bretzke

30 Jahre

Meta Bräutigam

Rebecca Butgereit

Kim Jäger-Ruhland

Linn Kleine

Anette Timmermann

40 Jahre

Verena Birkner

Kathrin Braun

Mechthild Hesterkamp

Jonas Rehmann

Nancy Weißhuhn

Felicitas Wewer

50 Jahre

Tanya Heid

Bettina Hogendorf

Claudia Jänner

Christian Kilburg

Simone Rische

Andrea Stern

Bärbel Weber

60 Jahre

Birgit Dinnessen-Speh

Monika Evers

Andrea Kitzig

Andrea Tschirner

70 Jahre

Gabriele Alfer

Monika Freudenberg

Beate Krey-Grubbe

Brigitte Schmidt-Bringsken

85 Jahre

Karlheinz Ziegler

90 Jahre

Ruth Nieslony

95 Jahre

Margot Sturm



**Örtlicher Personalrat
Grundschule Wuppertal**

Martina Haesen-Maluck
martina.haesen@gew-nrw.de
Tel. 0202/563 7367

Rainer Kriegel
rainer.kriegel@gew-nrw.de

Anna Oëx
anna.oex@gew-nrw.de
Tel. 0202/7993123

Karen Weber
karen.weber@gew-nrw.de
Tel. 0202/573902

Nina Prins-Stein
nina.prins@gew-nrw.de

Richard Voß
richard.voss@gew-nrw.de
Tel. 0202/2531681

Andrea Oppermann
andrea.oppermann@gew-nrw.de

Hatun Cici
hatun.cici@gew-nrw.de
Tel. 0202/620132

Yvonne Diestelmann
yvonne.diestelmann@gew-nrw.de
Tel. 0202/7240596

**Personalrät*innen /
Ansprechpartner*innen der
anderen Schulformen**

Hauptschule
Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de
Tel. 0202/557791

Silke Thielmann
silke.thielmann@gew-nrw.de
Tel. 0202/608214

Förderschule
Conny Fahle
cornelia.fahle@gew-nrw.de
Tel. 0202/4598488

Realschule
Andreas Dietrich
andreas.dietrich@gew-nrw.de
Tel. 0212/ 64527631

Gesamtschule
Markus Pörner
markus.poerner@gew-nrw.de
Tel. 0177/9654362

Vanessa Yasmin Scholl
vanessa.yasmin.scholl@gew-nrw.de

Gymnasium
Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de
Tel. 0202/9742874

Berufskolleg
Antje Schipper
antje.schipper@gew-nrw.de
Tel. 0201/6153250

**Personalrat wiss. u. künstl.
Beschäftigte Berg. Universität**
Dr. Susanne Achterberg
prwiss@uni-wuppertal.de
Tel. 02333/601044

Leitungsteam

Martina Haesen-Maluck
martina.haesen@gew-nrw.de

Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Richard Voß
richard.voss@gew-nrw.de

Kassierer
Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de

Team Rechtsschutz
Helga Krüger
helga.krueger@gew-nrw.de

Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Markus Pörner
markus.poerner@gew-nrw.de

Tarifbeschäftigte
Rainer Kriegel
rainer.kriegel@gew-nrw.de

Gewerkschaftl. Kommunikation
Helga Krüger
helga.krueger@gew-nrw.de

Junge GEW
Till Sörensen
t-soerensen@gmx.de

Team Senior*innen
Inge Hanten
inge.hanten@googlemail.com

Birgit Wernecke
Wernecke_Birgit@gmx.de

Egbert Fröse
ebert-froese@web.de

Christian Neumann
cujneumann@web.de

Verbindung zum DGB

Dr. Dirk Krüger
krueger.wtal@t-online.de

Fachgruppe Grundschule
Yvonne Diestelmann
yvonne.diestelmann@gew-nrw.de

Rainer Kriegel
rainer.kriegel@gew-nrw.de

Anna Oëx
anna.oex@gew-nrw.de

Fachgruppe Förderschule
Conny Fahle
cornelia.fahle@gew-nrw.de

Fachgruppe Hauptschule
Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de

Fachgruppe Gesamtschule
Vanessa Yasmin Scholl
vanessa.yasmin.scholl@gew-nrw.de

Markus Pörner
markus.poerner@gew-nrw.de

Fachgruppe Gymnasium
Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Kontakt Studierende
Julia Schnäbelin
hib-wuppertal@gew-nrw.de

Fachgruppe Dozent*innen
Dr. Susanne Achterberg
prwiss@uni-wuppertal.de

